

Presseinformation

23. Februar 2024

Einheitliche Länderstellungnahme bindet Ministerin Gewessler, Senkung des Wolfs-Schutzstatus zuzustimmen

LH-Stv. Pernkopf: Wölfe müssen leichter vergrämt und entnommen werden dürfen

„Der Wolf ist längst nicht mehr vom Aussterben bedroht, aber er bedroht das Sicherheitsgefühl vieler Menschen und ist eine Gefahr für Nutz- und Haustiere. Er muss daher rasch und unbürokratisch vertrieben, vergrämt oder auch entnommen werden dürfen. Denn die Sicherheit und der Schutz der Menschen geht vor und da hilft natürlich auch kein Herdenschutz“, so LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, auf dessen Initiative eine sogenannte einheitliche Länderstellungnahme auf den Weg gebracht wurde. Der Vertreter bzw. die Vertreterin Österreichs im Rat wird darin aufgefordert, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen.

„Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, den Schutzstatus des Wolfes zu senken. Dem müssen nun auch die Mitgliedsstaaten zustimmen. Da die Jagd- und Naturschutzagenden Länderkompetenz sind, ist die Ministerin an diese einheitliche Länderstellungnahme gebunden und muss diese Position im EU-Rat unterstützen und einer Senkung zustimmen,“ so Pernkopf für das aktuelle Vorsitz-Bundesland Niederösterreich.

Der Wolf ist in vielen Teilen Österreichs wieder heimisch geworden. Oft zur Bedrohung des Sicherheitsgefühls der Menschen und zum Leidwesen anderer Tierarten. Immer wieder kommt es zu Wolfssichtungen in der Nähe von Siedlungen. Die Nutztierverluste durch den Wolf sind allein von 2021 auf 2022 von 849 auf 1.780 rasant angestiegen. Derzeit ist der Wolf im Anhang II (streng geschützte Tierart) des Berner Artenschutz-Übereinkommens gelistet. Am 20. Dezember 2023 hat die Kommission nach eingehender Analyse einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates vorgelegt, mit dem eine Änderung des Berner Übereinkommens angestrebt und der Schutzstatus von Anhang II auf Anhang III gesenkt werden soll. Sobald diese Änderung in Kraft tritt, kann auch die entsprechende EU-FFH-Richtlinie geändert und angepasst und der Wolf leichter reguliert werden. Der Rat muss über diesen Vorschlag nun beraten und abstimmen.



Presseinformation

Pernkopf verweist dazu auch auf aktuelle juristische Gutachten, die klar ergeben: „Der Bund muss die Länder-Position im EU-Rat vertreten. Ministerin Gewessler kann und darf in Brüssel keine andere, eigene Meinung einbringen.“